

„Das Haus brennt schon“

SPIEGEL-Interview mit Polens Präsident Lech Walesa über das Asylproblem

SPIEGEL: Herr Präsident, vor einem Jahr haben Sie im SPIEGEL gesagt, Polen werde für die wachsende Schar der Flüchtlinge aus dem Osten ein „Ehrensplalier aufstellen“ und sie nach Deutschland „schicken“. Nun wollen die Deutschen ihrerseits Flüchtlinge in großer Zahl nach Polen zurücksenden. Was ist mit dem Splalier?

WALESA: Mit meinem drastischen Bild wollte ich damals nur verdeutlichen, wie sehr die Zeit drängt. Die große Wanderungswelle, die ich immer vorhergesehen habe, ist längst ins Rollen gekommen. Das Haus brennt schon, aber wir bauen erst jetzt den Brunnen.

SPIEGEL: Man könnte auch sagen: Bonn baut den Brunnen, Warschau soll löschen.

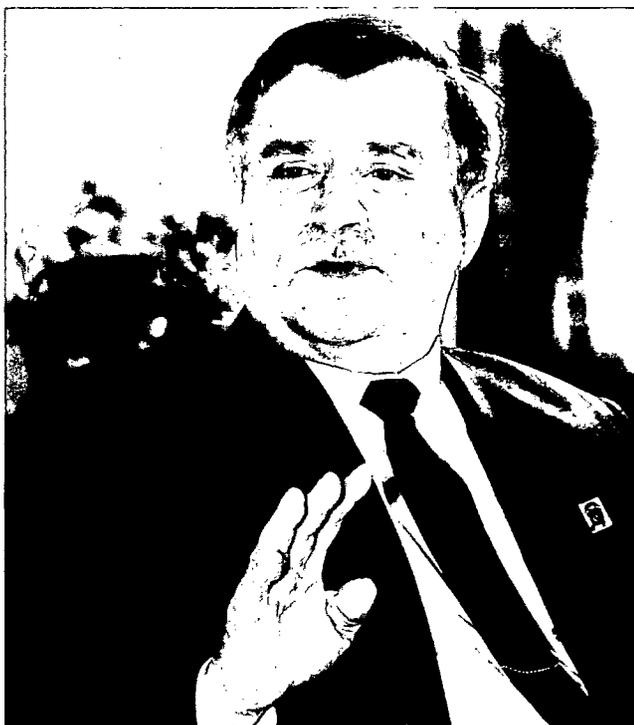
WALESA: Nein. Das Flüchtlingsproblem tragen alle gemeinsam – Zielländer wie die Bundesrepublik und Österreich, Transitländer wie Polen und die Tschechische Republik, aber auch Herkunftsländer wie Rumänien und Bulgarien. Alle drei Ländergruppen müssen im Rahmen einer gesamteuropäischen Lösung einen Kompromiß finden, um den Ansturm gemeinsam abzublocken. Wir wissen, was für uns und was für Europa wichtig ist. Wir wollen nicht zulassen, daß Deutschland durch ein Überangebot von Flüchtlingen destabilisiert wird, wir müssen Deutschland vor Wirrwarr schützen. Wir dürfen aber auch nicht zulassen, daß die in Deutschland abgewiesenen Flüchtlinge zurückkommen und unser Land destabilisieren. Das kann auch Deutschland nicht wollen.

SPIEGEL: Was schlagen Sie vor?

WALESA: Den notwendigen Kompromiß müssen die beiden Regierungen finden. Unsere Grenze darf nicht mehr so durchlässig sein für Menschen, die in Deutschland das Asylrecht mißbrauchen. Diese Herausforderung ist zu bewältigen. Sicher ist: So geht es nicht weiter, bei Ihnen nicht, bei uns nicht.

SPIEGEL: Bonn drängt darauf, daß Warschau eine Visumpflicht einführt...

WALESA: Zur Zeit erwägen wir andere Methoden, eine Visumpflicht allein wird



Staatschef Walesa: „Die Leute dort halten, wo sie leben“

das Problem nicht beseitigen. Man muß mit allen betroffenen Ländern Einvernehmen herbeiführen. Gelingt dies nicht, müssen wir eine internationale Organisation einschalten. Ich schlage schon seit langem verschiedene Lösungen vor, die nicht verwirklicht wurden. Wir brauchen zum Beispiel eine engere wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit zwischen den Staaten unserer Region. Ich denke an das sogenannte Visegräder-Dreieck, einen Kooperationsvertrag zwischen Polen, Ungarn und der ehemaligen Tschechoslowakei. So kann man internationale Unordnung verhindern.

SPIEGEL: Bonn erwartet zudem, daß Polen die östliche Grenze stärker als bisher gegen Flüchtlinge aus der ehemaligen Sowjetunion abschirmt.

WALESA: Da haben die Deutschen auch ganz recht. So etwas ist wichtiger als die Einführung der Visumpflicht. Das liegt im Interesse beider Länder. Europa sollte allerdings die Leute lieber dort halten, wo sie leben. Seit drei Jahren fehlen Europa, besonders Mittel- und Osteuropa, die großen Strategien für die demokratische Umwandlung des alten Systems – auf politischer und wirtschaftlicher Ebene. Meine Vorstellung, wie man in unserer Regi-

on reibungslose ökonomische Entwicklung und politische Ruhe sichern kann, ist noch nicht verwirklicht. Wir müssen endlich anfangen, solche Strategien zu entwickeln.

SPIEGEL: Fühlen Sie sich als Vollzugsorgan der Deutschen, wenn die Ihnen demnächst Flüchtlinge zurückschicken?

WALESA: Darum geht es nicht. Wenn wir alle Beteiligten einbeziehen, werden die Menschen nicht nach Polen zurückgeschickt, sondern in ihre Herkunftsländer Rumänien, Bulgarien und so weiter. Ich will das Problem klug lösen und nicht nach dem Motto: Sie sind durch euer Land gekommen, also nehmt sie wieder zurück. Das ist gefährlich. Unter den Zurückkehrenden sind ja nicht nur friedliche Menschen.

SPIEGEL: Viele polnische Politiker fühlen sich von den Deutschen überfahren.

WALESA: So etwas wäre gefährlich. Wir stehen nicht an der Wand, wir verhandeln. Wichtig ist das Ergebnis. Aber richtig ist: Manchmal sind die Deutschen überheblich, weil sie so stark sind. Mit Arroganz läßt sich jedoch das Flüchtlingsproblem nicht lösen. Verstehen Sie mich nicht falsch: Wir akzeptieren die Beweggründe Bonns. Und wir sagen: Deutschland hat recht, so kann es nicht weitergehen. Aber auf jeden Fall auch nicht so, wie es manche Deutsche offenkundig wollen – alle Flüchtlinge zurück zu uns. Das ist keine Lösung. Suchen wir nach einem besseren Weg.

SPIEGEL: Unter den Menschen, die Sie direkt in ihre Herkunftsländer zurückschicken wollen, können aber auch politisch Verfolgte sein. Und Polen hat sich verpflichtet, die Grundsätze der Genfer Flüchtlingskonvention zu beachten.

WALESA: Nur die allerwenigsten sind aus politischen Gründen auf der Flucht. Aber wenn sie sich darauf berufen, wird Polen das genauso prüfen wie Deutschland.

SPIEGEL: Um die Flüchtlingswelle zu bremsen, bedarf es enormer Wirtschaftshilfe für die Staaten der ehema-

ligen Sowjetunion. Erwarten Sie von den Deutschen, daß sie mehr Hilfe in diese Region pumpen?

WALESA: Das ist nicht nur Aufgabe der Deutschen. Sie haben genug eigene Probleme. Das würde bedeuten, alles auf die Schultern der Deutschen zu laden.

SPIEGEL: Also bedarf es einer gesamt-europäischen Hilfe, um die Fluchtursachen zu bekämpfen?

WALESA: Ich habe ja schon neue Strategien zur Umwandlung des alten Systems gefordert. Es geht nicht nur um materielle Hilfe. Wir dürfen nicht vergessen, daß der Osten ein wirtschaftliches Potential hat – auch wenn es weit hinter dem Westen zurückliegt. Der Westen muß nicht Entwicklungshilfe leisten, er soll schauen, wo er verdienen

länder nach Deutschland kommt, soll ohne Asylverfahren gleich zurückgeschickt werden. Die Herkunftsländer im einstigen Sowjetimperium wiederum werden für „verfolgungsfrei“ erklärt, mit dem Effekt, daß Asylsuchende nur noch ausnahmsweise politische Verfolgung geltend machen können.

Vor allem in Warschau und Prag löste das Ansinnen der Deutschen, ihr Problem im Osten zu entsorgen, zunächst heftigen Protest aus. Auch das Bonner Angebot, Hilfe zu leisten für Logis und Transport der Flüchtlinge, für den Aufbau einer Asylverwaltung und die Grenzsicherung, trug wenig zur öffentlichen Beruhigung bei.

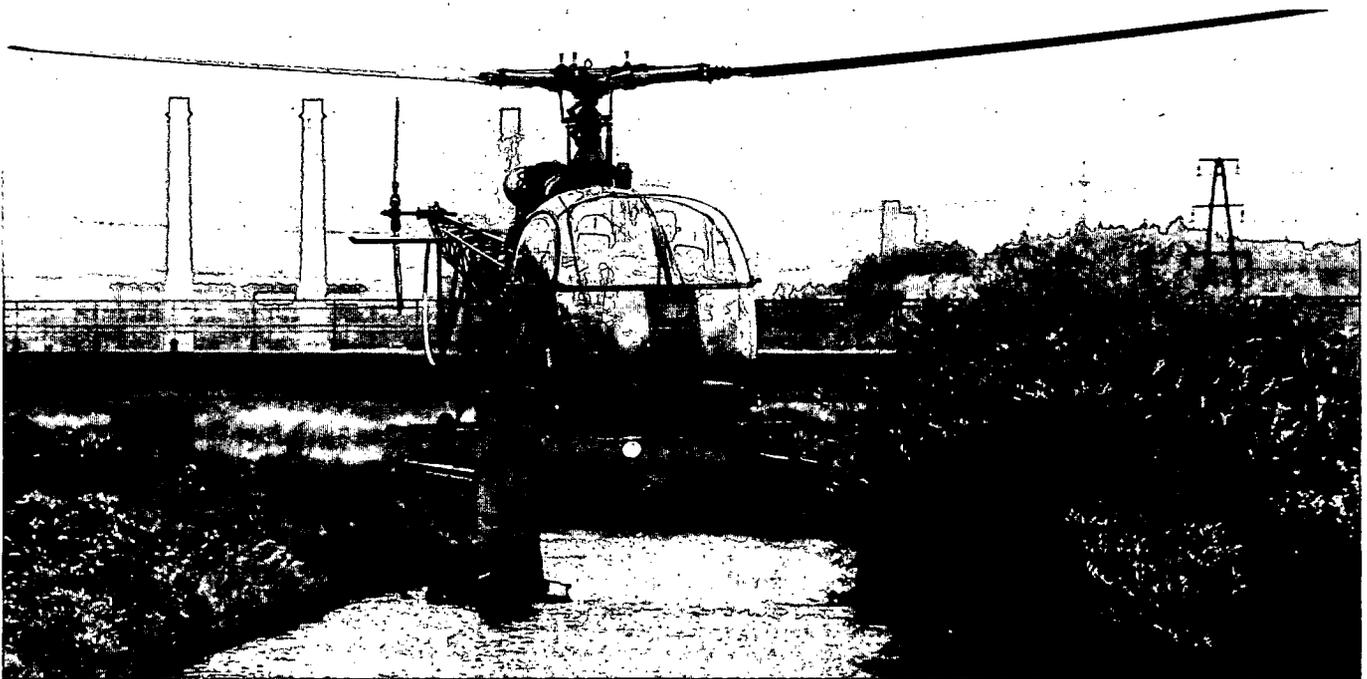
Seitdem mühten sich Polen und Tschechen, gemeinsam mit Österreich eine Abwehrfront gegen Deutschland

rücknehmen, die seit Abschluß des Abkommens über Polen nach Deutschland eingereist sind.

Aber Bonn will einlenken. An den Altfällen, signalisierte Innenminister Rudolf Seiters seinem Amtskollegen Andrzej Milczanowski auf der Budapester Konferenz, soll ein neues Abkommen nicht scheitern.

Ganz anders das deutsche Verhältnis zu Prag. Die damalige Tschechoslowakei erhielt die Visafreiheit nach der Wende gleichsam gratis; Deutschland muß jetzt einen eigenen Vertrag schließen, bevor es Flüchtlinge in die heutige Tschechische Republik zurückschicken kann.

Österreich hat schon vor drei Jahrzehnten ein Schubabkommen mit der Bundesrepublik geschlossen. Danach nehmen beide Staaten formlos Personen zurück, die binnen vier Tagen nach



Grenzschutz-Patrouille über der Neiße: „Wachen rund um die Uhr“

kann. Wir müssen unsere Produktion umstrukturieren. Früher bauten wir Ersatzteile für den Trabant, warum sollten wir nicht Teile für den Mercedes bauen können?

SPIEGEL: Der Eisenerne Vorhang mitten in Europa ist gefallen. Nun scheint eine neue Demarkationslinie weiter östlich zu entstehen. Haben Sie sich Europa nach dem Ende des Kalten Krieges so vorgestellt?

WALESA: Weder wir noch die Deutschen wollen einen neuen Eisernen Vorhang. Das stünde den wirtschaftlichen Interessen aller entgegen. Wir wollen keine wirtschaftlichen Barrieren. Aber dieses Flüchtlingschaos können wir auch nicht dulden.

aufzubauen. Doch das war, so der österreichische Innenminister Franz Löschnak, „schwierig wegen der unterschiedlichen Vertragslage“.

In der schlechtesten Position ist Warschau. Im Abkommen über die Visafreiheit mit den Schengen-Staaten* hat es sich 1991 verpflichtet, alle Personen zurückzunehmen, die aus Polen kamen und sich unberechtigt auf dem Gebiet der Vertragspartner aufhalten. Ausdrücklich ausgenommen vom legalen Aufenthalt in einem Schengen-Staat ist die „befristete Zulassung zum Aufenthalt... im Hinblick auf die Behandlung eines Asylbegehrens“. Nach dieser Rechtslage müßte Warschau mithin auch jene rund 50 000 Flüchtlinge zu-

Grenzübertritt aufgegriffen worden sind. In allen anderen Fällen muß nachgewiesen werden, daß sich der Flüchtling zuvor mindestens vier Wochen auf dem Territorium des Vertragspartners aufgehalten hat. Löschnak: „Aus österreichischer Sicht ist das bestehende Abkommen ausreichend.“

Bei der Budapester Konferenz zeichnete sich freilich ab, daß es jetzt den östlichen Nachbarn Deutschlands nicht mehr darum geht, die deutschen Pläne abzublocken und die Wiederaufnahme abgeschobener Asylbewerber zu behindern. Tschechen, Slowaken, Polen, Ungarn, Österreicher und Slowenen verabredeten vielmehr ein neues Treffen in Prag, um sich untereinander über den Rücktransport der Wanderer aus dem Osten abzustimmen. Ausdrücklich ver-

* Deutschland, Frankreich, Benelux, Italien.